

Herr Strack verweist auf die Vorlage und ergänzt, dass man der Kommunalaufsicht über den Stand der Dinge bezüglich Ausführung des HSK berichtet habe.

Herr Kolf bedankt sich für die ausführliche und selbsterklärende Vorlage und begrüßt, dass man bereits früher auf die Anhebung der Gewerbesteuer verzichten möchte.

Herr Thienel geht auf die Maßnahme Kleinspielfeld ein, schildert den Zusammenhang mit den übrigen im Bereich Brückenstraße/Schulgasse geplanten Maßnahmen und verweist auch auf die vorgesehene Böschungssanierung am Sportplatz. Die SPD würde gerne den Allee-Charakter mit dem dortigen Baumbestand erhalten. Insofern stelle sich die Frage, ob man die Errichtung des Kleinspielfeldes völlig unabhängig von der Böschungsanlage sehen und diese eher in die Planungen für die Bahnunterführung einbeziehen sollte.

Herr Sterzenbach bezieht sich auf die bisherige Beschlusslage und macht deutlich, dass man eine Grenze ziehen müsse zwischen der technischen Lösung des Ersatzes Bahnübergang (Kreuzungsbedingter Aufwand und Kosten) und der sich anschließenden Anbindung unter Einbeziehung von geeigneten Lösungen für eine Radwegeverbindung. In die Teilungsmasse für die Kreuzungsanlage würden die Kosten für einen Radweg aller Wahrscheinlichkeit nicht einfließen. Unter Berücksichtigung der Zielsetzung der funktionalen Lösung für den Bahnübergang und auch unter Berücksichtigung des Haushaltes könne man die angesprochene Maßnahme durchaus hintenanstellen.

Herr Thienel fragt weiter nach den in der Vorlage genannten doppelt so hohen Kosten für den Ausbau der Straße „In der Gräfenwiese“.

Herr Strack erklärt, dass aus Altmitteln im Haushalt ca. 600.000 Euro vorgesehen waren und nun eine Summe von 1.067.000 Euro veranschlagt werden müsste.

Ergänzend wird darauf hingewiesen, dass die Beratung über den Ausbau letzten Bauausschuss vertagt wurde.

Herr Meeser bezieht sich auf die frühere Aussage, dass eine Senkung der Grundsteuer im Zuge des HSK nicht möglich sei. Nun stelle er sich die Frage, wieso andererseits aber auf die Anhebung der Gewerbesteuer verzichtet werden könne.

Herr Strack erklärt, dass sich der Sachverhalt anders darstelle. Man erreiche mit der festgestellten Summe eine Höhe, mit der die Ziele des HSK erreicht würden. Der Zeitrahmen lasse heute eine andere Beurteilung zu wie bei der damaligen Einschätzung. Ändere sich aber die Konjunkturlage, trete man wieder mit einer neuen Vorlage an den Rat heran um neu zu entscheiden. Zudem geht er auf Gespräche mit Gewerbetreibenden ein. Unter sorgfältiger Abwägung aller Umstände und der Wahrscheinlichkeit, dass das HSK-Ziel erreicht werde, habe er ein Zeichen setzen wollen.

Der Bürgermeister verweist auf die ausgewogene Betrachtungsweise und den Umstand, dass hinter jedem Gewerbesteuerzahler Betriebe mit Menschen stehen. Zudem sei der Wettbewerb mit anderen Kommunen zu sehen.

Herr Meeser bezieht sich auf ständige Kostensteigerungen und nicht zu kalkulierende Faktoren. Er plädiere daher für eine Beibehaltung der vorgesehenen Anhebung. Zudem fehle ihm eine konzeptionelle Darstellung.

Frau Schumacher sieht die Konkurrenzsituation zu andern Kommunen, insbesondere zum angrenzenden Rheinland-Pfalz mit weitaus günstigeren Hebesätzen.

Herr Kolf sieht dies ähnlich. Man müsse vermeiden, dass Betriebe die Kommune aufgrund des Hebesatzes Eitorf verlassen.

Herr Liene stellt fest, dass beinahe 40 Prozent der Einnahmen aus der Gewerbesteuer resultieren.

Herr Meeser und Herr Mittermeier fragen nach der Höhe der Gewerbesteuer bzw. der Summe, die tatsächlich an Gewerbesteuer gezahlt wird.

Der Bürgermeister erklärt, dass dies aufgrund der unterschiedlichen Struktur der Gewerbebetriebe und des Steuergeheimnisses nur schwer zu beantworten sei. Herr Strack ergänzt, dass die gezahlte Gewerbesteuer im „hoch-zweistelligen“ Bereich“ liege.